

04
18**DIE LINKE**

Sozialistische Monatschrift für Dresden

1. Mai
PicknickMit der Parteivorsitzenden Katja Kipping,
der Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann
und der Kulturbürgermeisterin
Annekathin Kropisch
Alaunpark,
ab 11 UhrEs kommt darauf an,
die Welt zu verändern.**DIE LINKE.**

www.dielinke-dresden.de

EDITORIAL

von Jens Matthis

Dresden will Kulturhauptstadt Europas werden. Dieser Anspruch wurde jetzt im Stadtrat erneut bekräftigt. Das Bemühen der Stadtverwaltung in der Sache ist durchaus erkennbar. Die Früchte des Bemühens sind mitunter etwas bitter. So brachte eine Dichter-Disputation im Dresdner Kulturpalast der Stadt zwar deutschlandweite Aufmerksamkeit. Die dafür ursächlichen Einlassungen eines für bedeutsam gehaltenen Dresdner Literaten lassen jedoch für die Zukunft der europäischen Kultur nichts Gutes erahnen. Der Widerspruch darf nicht nur dem anderen Dichter überlassen werden, er müsste aus der so kulturverliebten Dresdner Bevölkerung kommen. Näheres dazu in diesem Blatt von Cornelia Eichner. Aber auch Waldemar Peines Erinnerung an Kurt Schlosser gehört sehr zur Sache.

Wie es unter anderem mit der Kultur in dieser Stadt weitergehen wird, wird nicht zuletzt auch im nächsten Frühjahr bei der Stadtratswahl entschieden. Der Geist der Vergangenheit erhob sich nicht nur im Kulturpalast und Montagabend in der Innenstadt, er wird auch zur Wahl stehen. Für die Dresdner LINKE wird es mehr denn je darauf ankommen, diesem Geist entgegenzutreten und einen anderen Anspruch für die Stadt anzumelden. Katja Kipping und Kerstin Wagner schreiben hier etwas über die Maßstäbe unseres Handelns, Jaqueline Muth und Tilo Kießling etwas darüber, was bis zur Wahl zu tun ist.

Dass man eine Wahl auch in rauen Zeiten, in denen ein scharfer Wind von rechts weht, gewinnen kann, das können wir aus Frankfurt lernen. Durchaus auch aus dem Frankfurt am Main, wo DIE LINKE im Westen überdurchschnittliche Ergebnisse holt, vor allem aber aus dem Frankfurt an der Oder, wo ein LINKER gegen seinen Namensvetter und gegen den Zeitgeist die Oberbürgermeisterwahl gewann. Thomas Feske schreibt über den beispielgebenden Erfolg seines Freundes René Wilke.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Das Wunder an der Oder

René Wilke ist am 18. März zum ersten LINKEN-Oberbürgermeister in Brandenburg gewählt worden – wie konnte das passieren?

von Thomas Feske

Frankfurt (Oder) ist die größte Stadt, in der DIE LINKE den Verwaltungschef stellt – manche reden von einem Wunder.

Aber: Wunder brauchen Zeit – und Vorbereitung. Wer hat dieses Wunder von der Oder vorbereitet?

Axel Henschke war einer der Vorbereiter, der frühere Stasi-Mann, der in den Jahren nach der Wende zu einer geachteten Persönlichkeit der Stadt wurde – weil er sich mit der eigenen Vergangenheit genauso auseinandersetzte wie mit der gesellschaftlichen Gegenwart in Frankfurt, mit dem Stadtumbau etwa, der als Stadtabriss tiefe Narben im Stadtbild hinterließ. Dieser Axel Henschke trat 2002 für ein überparteiliches Bündnis zur Oberbürgermeisterwahl an, natürlich als PDS-Mann. Und für viele natürlich als Stasi-Mann, gegen den eine gigantische Schmutzkampagne losgetreten wurde – auch eine überparteiliche natürlich. Henschke stand damals – wie das ND schrieb – „zwischen allen Feuern“ und half der Stadt beim Wundenlecken, unterlag am Ende denkbar knapp.

Oder waren es die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Wunder von der Oder vorbereiten halfen? War es die stolze Tradition des Halbeiterwerks, das nach der Wende von 8.000 Beschäftigten auf wenige Hundert schrumpfte? Waren es die hochfahrenden Pläne einer Chipfabrik, gefordert von Investoren mit für Frankfurt Verhältnisse weltläufigen Namen, vorbereitet mit absoluter Hingabe, mit Brücken- und Hallenbau, mit Weg- und Leitungsverlegung – eine Fabrik, die niemals kommen sollte. Waren es die Solarfabriken, die so viel Hoffnung in die Stadt brachten und nach kurzer eine nach der anderen der Stadt den Rücken kehrten? Oder ist es die Kinderarmut, die mit 30 Prozent als eine der höchsten in Deutschland gilt?

Wer den Wahlkampf an der Oderstadt mitverfolgt hat, wird die Situation vielleicht so beschreiben: Die Stadt hat die Vor-Wende-Geschichten verdaut.

Die Anwürfe gegen den 33-jährigen René Wilke als Mitglied der Stasi-Partei waren eine Farce, eine skurrile Wiederholung vergangener Kämpfe.



Janine Wissler, LINKE-Oberbürgermeisterkandidatin aus Frankfurt am Main gratuliert René Wilke zur souverän gewonnenen Stichwahl mit 62,5 Prozent

Die Frankfurterinnen und Frankfurt waren schlauer. Sie haben sich angesichts dieser Wahl den Blick auf die zentralen Widersprüche zwischen arm und reich, zwischen armen Kommunen und Unternehmen, die nach Gusto ihre Standortentscheidung treffen, nicht mehr verstellen lassen.

Also waren es die entscheidenden Gesellschaftsfragen und ein Politiker, der sie authentisch anging. René Wilke steht für viele Frankfurterinnen und Frankfurt für einen Neuanfang.

René Wilke war in 50 Wohnzimmergesprächen im Dialog und versicherte dort wie in jedem Facebook-Post, in jeder regelmäßigen Zeitungsanzeige zur Bilanzierung seiner Arbeit eines: Veränderung wird es nur mit den Menschen geben, mit ihrer Kenntnis und ihrem – zumindest grundsätzlichen – Einverständnis. Was bleibt als Eindruck seines Wahlkampfes? Seine komplette Transparenz, seine Ehrlichkeit als OB-Kandidat für alle und doch mit klar linken Grundsätzen. Es bleibt seine Kraft, seine Präsenz – nicht nur per Fahrrad im Stadtbild – und seine Unermüdlichkeit in der Abarbeitung von Bürgerinnen- und Bürgereingaben und der zeitnahen Rückmeldung. Es

bleibt seine Heimatverbundenheit als Landtagsabgeordneter in Erinnerung, nicht als exklusives Identifikationsinstrument, als manipulatives Mittel, sondern als Überzeugung im Einsatz für die eigene Region, für die Entschuldung der Stadt, für eine bessere Finanzierung barrierefreier Straßenbahnen, die bessere Finanzierung der Frankfurter Kultur – in Auseinandersetzung mit dem Land. Und es bleibt in Erinnerung, wie sich dieser Mann und seine Botschaften einzig und allein auf Hoffnung auf die Veränderung realer Verhältnisse kaprizierten. Hoffnung auf Veränderung aber braucht Vertrauen in Veränderbarkeit. Die Frankfurterinnen und Frankfurter waren bereit zu vertrauen – in einen LINKEN, der Rechenschaft ablegt, der ohne Hybris und gleichmütig allen gegenüber auftritt und der die soziale Frage in den Mittelpunkt stellte, den Nerv der Oderstadt traf. Und Frankfurt? Verändert sich und bleibt sich treu, ringt mit sich, hakt verarbeitete Geschichte ab, bringt den Mut zur Veränderung auf – immer wieder.

Thomas Feske ist Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat und seit vielen Jahren politischer Wegbegleiter von René Wilke

Nach dem Aufnahmestopp der Essener Tafel für Nichtdeutsche kochte die Diskussion über die Praxis der Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige medial hoch. Katja Kipping hat die Dresdner Tafel besucht um sich ein Bild zu machen.

Man muss sich halt die Zeit nehmen, mit den Menschen zu reden

von Katja Kipping

„So ziemlich jeder hier hat seine Macke. Aber wir haben für jede Macke eine Aufgabe.“ So bringt es einer der Ehrenamtlichen bei der Dresdner Tafel auf den Punkt. Er, der von den anderen liebevoll „Hausi“ genannt wird, kam einst über einen Ein-Euro-Job für hausmeisternahe Dienstleistungen zur Tafel. Als die Maßnahme auslief, ist er geblieben. Seit vielen Jahren stehe ich in einem Austausch mit der Tafel in Dresden und habe über die Jahre verschiedene Ausgabestellen besucht. Mein heutiger Tafel-Besuch stand auch im Zeichen der Debatte um die Ereignisse bei der Essener Tafel. Der Leiter in Essen hatte entschieden, vorerst nur noch deutsche Bedürftige anzunehmen. Plötzlich war die Situation an den Tafel in allen Medien präsent. Genaugenommen schaffte es das Thema Tafel erst prominent in eine der großen Talkshows, als es ein Flüchtlingsthema wurde. Allein dieser Umstand sagt viel aus über die Situation in Deutschland im Jahr 2018.

Ein anderes Verteilsystem

Kennt Ihr die Probleme, die der Essener Tafelchef beschreibt, will ich wissen und erfahre, mit wie viel Einsatz und wie viel Empathie die Ehrenamtlichen in Dresden die Ausgabe organisieren. In Dresden hat man sich für ein anderes Vergabesystem entschieden. Es gibt keine fertigen Pakete für die Tafelgäste, vielmehr können die Bedürftigen wie durch einen Laden laufen und selber entscheiden, welche Produkte sie mitnehmen. „Wäre doch Verschwendung, wenn wir Vegetariern Wurst einpacken“, meint einer der Freiwilligen. Jeder soll selbst entscheiden, welche Produkte er will. Am Ende wird für jedes Produkt ein kleiner symbolischer Preis erhoben. Und wenn es mal beispielsweise weniger Käse gibt, stehen ein bis zwei Freiwillige daneben und orientieren da-



Katja Kipping in der Dresdner Tafel

rauf, dass jeder Tafel-Gast nur ein Stück nimmt. Zu den Ausgabzeiten stehen zwei Ehrenamtliche am Eingang, so kommt es nicht zu Schubereien. Und wenn mal einer wirklich Ärger macht, wird für die konkrete Person Hausverbot verhängen. Aber das hat nichts mit der Herkunft zu tun. Ganz im Gegenteil, unter den Freiwilligen sind auch Migrantinnen und Flüchtlinge. Von Anfang an hat die Dresdner Tafel gezielt Menschen als Freiwillige herangezogen, die auch andere Sprachen sprechen. „Wir integrieren die Leute besser als so manch andere Stelle. Man muss sich halt die Zeit nehmen, mit den Menschen zu reden“, meint einer der Freiwilligen und in diesem Satz schwingt ganz leise etwas Stolz mit.

Und sie können wirklich stolz sein, auf das, was sie angeschoben haben in Dresden. Als mit den Geflüchteten die Nachfrage stieg, hat man die Ausgabzeiten verdoppelt. Wer die Tafel betritt, geht durch einen Raum, in dem mit wenigen Mitteln eine kleine Cafeteria eingerichtet wurde. Sie wollen auch ein Ort sein, an dem Menschen nach dem

Foto: Uwe Schaarschmidt

Einkauf verweilen, noch einen Kaffee oder Tee trinken und miteinander ins Gespräch kommen – sagt einer der Ehrenamtlichen. Wie er zur Tafel kam? Er ging regelmäßig zu Anti-Pegida-Protesten. Irgendwann reichte ihm das nicht, er wollte konkret was machen und landete auf der Webseite der Tafel. Seitdem verbringt er hier viel Zeit als Ehrenamtlicher. Die Latenight-Ausgabe ist eines der Projekte, die ihm besonders am Herzen liegen. An einigen Abenden wird zwischen 19 bis 20 Uhr das verteilt, was nach den üblichen Ausgabzeiten übrig blieb. Diese Zeiten sind besonders für junge Azubis und Studies gedacht, die dann den Kühlschrank der WG-Küche auffüllen wollen oder einfach im Sinne der Nachhaltigkeit Foodsharing betreiben.

Versagen der Bundesregierung

Neulich in einer Talkshow sagte ich: Dass es die Tafeln gibt, ist ein Verdienst der Ehrenamtlichen. Dass es die Tafel braucht, ist ein Versagen der Bundesregierungen. Zwischen Regalen voller Marmelade wiederhole ich dies. Daraufhin meint einer der Freiwilligen,

ihn begeistere an der Tafel nicht nur die soziale Seite, sondern auch die nachhaltige. Essen sollte einfach nicht weggeworfen werden. Aber na klar, wir haben es hier mit einem Systemproblem zu tun. In der Tat. Zu diesem Systemproblem gehört zum einen, dass Menschen auf Tafelleistungen angewiesen sind, um über die Runden zu kommen. Zum anderen gehört dazu, dass Lebensmittelproduzenten 20 bis 40 Prozent über den Bedarf produzieren.

Dazu kommt, erfahre ich, „das Job-Center schickt regelmäßig Leute zu uns. Die Politik verlässt sich auf uns und lässt uns doch allein“. Miete und Nebenkosten müssen sie bezahlen, als seien sie normale Gewerbetreibende. Die Transporter für die Spenden, die Stromkosten für die Kühlung, die Miete - all das können sie nur bezahlen, weil es zum Glück Spenden gibt.

Wer die Tafel unterstützen will, kann das tun: Zum einen durch Geldspenden.

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN : DE 24 8502 0500 0003 6479 01
BIC : BFSWDE33DRE

Und wer erwägt als Freiwilliger dem Projekt unter die Arme zu greifen, kann donnerstags um 10 und 17 Uhr zu Einführungsstunden in der Zwickauer Straße 32 vorbeischauchen.

Sicherlich, nicht alles läuft perfekt. Doch hier bei der Dresdner Tafel versuchen die Freiwilligen alle Bedürftigen unabhängig vom Pass zu unterstützen, hier wird Soziales und Ökologisches zusammengedacht. Hier wird versucht, unter schwierigen Umständen einen Ort der Vernetzung und Integration zu schaffen. Ich wünschte mir, dass über solche Beispiele bundesweit gesprochen würde.

Sachsen als Anlauf für zwei Neonazi-Events

von Franziska Fehst

Im nächsten Monat stehen Sachsen im Abstand von nicht einmal 2 Wochen zwei der für dieses Jahr deutschlandweit größten Nazi-Veranstaltungen bevor. Während ein Erneutes Nazikonzert in Themar (Thüringen) nun abgesagt werden musste, wird ein solches Festival im sächsischen Ostritz durchgeführt. Für den 20./21.4. mobilisieren verschiedene Kräfte nach Ostritz zum „Schild und Schwert“ Festival. In der beschaulichen Gemeinde sollen über 1000 Nazis zwei Tage lang weilen. Der Tag ist nicht zufällig gewählt – schließlich ist der 20. April Adolf Hitlers Geburtstag. Das „Hotel Neißeblick“ in Ostritz diente schon in der Vergangenheit als Ort für Veranstaltungen von NPD und AfD. Organisiert wird das Festival von Thorsten Heise aus Thüringen, Aktiv und Bindeglied zwischen Freien Kameradschaften und der NPD. Zudem hat

er Kontakte in die rechte Musikszene, zum „Blood & Honour“ Umfeld, hat die NPD „Schulhof-CD“ mit organisiert, etc. Es sind unter anderem auch Freefight Kämpfe geplant. Wer dagegen protestieren will, kann sich gern schon Freitag anschließen. Für Samstag läuft eine Bundesweite Mobilisation. Infos dazu gibt es unter: www.rechts-rockt-nicht.org oder facebook. Eine gemeinsame Anreise aus Dresden ist geplant.

Am 1. Mai mobilisiert zudem die Partei der Dritte Weg nach Chemnitz. Aus ganz Deutschland werden (Neo-) Nazis erwartet, die in den letzten Jahren am 1. Mai vor allem in Plauen unterwegs waren, wo die Partei ein Büro betreibt. Unter dem Motto „Für Familie, Heimat und Tradition – Kapitalismus zerschlagen“ wird bereits seit mehreren Monaten unter anderem mit Mobi-



ständen Werbung gemacht. Verschiedene Akteur_innen planen nun den Gegenprotest. Wer sich mit beteiligen und

informieren will kann dies unter www.erstermaichemnitz.noblogs.org tun.

„Rauf auf's Spielfeld und mitgemacht!“

Tilo Kießling im Gespräch über Erfahrungen und Pläne zum Dresdner Wahlprogramm

Im nächsten Frühjahr stehen in Sachsen Kommunalwahlen an. Die Vorbereitungen darauf dürften auch im Dresdner Stadtverband bald anlaufen?

Auf jeden Fall. Der Stadtvorstand hat Verantwortungsbereiche gebildet, die sich mit speziellen Themen befassen sollen. Einer dieser Verantwortungsbereiche unter Leitung von Jaqueline Muth ist für die Wahlvorbereitungen zuständig. Dort diskutieren wir die praktischen Themen der Wahlvorbereitung. Die inhaltliche Vorbereitung kann man nicht in einen Verantwortungsbereich einsperren, sie ist in fast allen Diskussionen spürbar, die ich in letzter Zeit führe. Sie prägt die Arbeit der Stadtratsfraktion für den Rest der Wahlperiode ebenso wie alle Gespräche mit Genossinnen und Genossen, die ich in letzter Zeit geführt habe.

*Zu den Kommunalwahlen 2014 hat sich die Dresdner LINKE für einen etwas anderen Weg zur Erstellung des Wahlprogrammes entschieden. Viele neue Genoss*innen wissen darüber im Prinzip nichts. Wie lief das damals ab?*

Wir haben uns 2014 für ein radikal anderes Wahlprogramm entschieden als alles, was sonst bekannt war. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass wir in einem Programm für Dresden nicht noch einmal alle Positionen der Partei in langen Texten aufschreiben wollten, sondern die großen Ziele unserer Partei auf konkrete Maßnahmen herunter brechen wollten. Dazu gab es dann einen ersten Aufschlag, indem die Mandatsträger*innen und Vorstandsmitglieder der Partei alles zusammengetragen haben was ihnen an konkreten Maßnahmen einfiel, das ist in einem zweiten Durchgang von allen Genossinnen und Genossen geprüft und ergänzt worden. Danach hat ein Parteitag, ebenfalls unter reger Diskussion, unsere Ziele beschlossen. Immerhin 180 Ziele, die noch heute auf unserer Webseite nachlesbar sind. Diese wurden, auch das übrigens ein absolutes Novum, danach der Öffentlichkeit vorgestellt und konnten im Internet diskutiert und bewertet werden.

Das Ergebnis ist eine sehr genaue Richtlinie für die Arbeit der Stadtratsfraktion. Und das Ergebnis ist ebenfalls, dass diejenigen Genossinnen und Genossen, die eine konkrete Idee eingebracht haben, genau nachvollziehen können, wie sich die Fraktion und die dafür thematisch zuständigen Stadtratsmitglieder um eine Umsetzung bemüht haben.

Das für Dresden ordentliche Wahlergebnis von 20,9% hat die Partei als zweitstärkste politische Kraft bestätigt. Ein Fehler war es also wohl nicht, auf breite Mitarbeit zu setzen?

Wir haben mit dieser Form der Beteiligung vielen Menschen eine zusätzliche Motivation gegeben, die LINKE zu wählen. Wir konnten den Nachweis



Foto: Max Kretzschmar

erbringen, dass wir in der Lage sind, unsere grundsätzlichen politischen Vorstellungen auch in die Praxis umzusetzen. Die LINKE in Dresden zu wählen ist eben nicht nur gut fürs Gewissen, sondern bringt auch handfeste Vorteile. Das konnten wir zeigen. Und es trat noch ein anderer Effekt ein: Wer für unsere Partei werben wollte, konnte als Argument auch einbringen, was alles konkret im Programm stand.

Wird es also bei der Erstellung des Wahlprogrammes für 2019 ein gleiches oder ähnliches Herangehen geben?

Ja, der Stadtvorstand hat das so beschlossen, und ich freue mich sehr darüber. Wir haben damit die Gelegenheit, die guten Erfahrungen der vorigen Wahl aufzugreifen und, an die jetzige Situation angepasst, fortzuführen.

Auf welche Art und Weise kann die Mitgliedschaft der Partei dabei mit-tun - bei der Erstellung des Wahlprogrammes, aber auch später, im direkten Wahlkampf?

Ich konzentriere mich in meiner Antwort erst einmal auf die Erstellung des Wahlprogrammes. Dazu ist, und das ist anders als beim letzten Mal, von Anfang an jedes einzelne Mitglied aufgefordert Ideen einzubringen. Nicht am Rande stehen und kommentieren, nein, rauf aufs Spielfeld und mitgemacht. Wem der

Antifaschismus am Herzen liegt, der soll sich Gedanken machen, wie eine Stadtratsfraktion dieses Thema voranbringen kann. Wer die ungerechte Verteilung der Güter, die Spaltung in Arm und Reich bekämpfen möchte: Sagt uns, was ihr für Ideen habt wie das auf kommunaler Ebene gehen kann. Und wenn es ein Vorschlag ist, der sich nur mit Mühe unter eines unserer politischen Großthemen unterordnen lässt, der aber die Lebensbedingungen betroffener Menschen verbessert, dann her damit. Ganz hervorragend wäre es, wenn es sich um Vorschläge handelt, für die man auch eine größere Gruppe Menschen begeistern kann. Hier ist dann der Schnittpunkt zum späteren Wahlkampf zu finden.

Wenn wir alle Vorschläge der ersten Runde gesammelt und aufgearbeitet haben werden wir aus dem Verantwortungsbereich Wahlen heraus zu Diskussionsveranstaltungen einladen. Dazu verständigen wir uns aber erst, wenn wir den Bedarf genauer abschätzen können. Aber wer vorher schon Bedarf hat kann sich natürlich gern bei uns melden.

Ich bin jedenfalls sehr gespannt auf den gemeinsamen Prozess der Wahlprogrammerstellung und freue mich sehr, hier wieder mitwirken zu können.

Fragen: Uwe Schaarschmidt

#landesvorstand

Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur 2019 angestrebt

von Franziska Fehst

Die Basis soll entscheiden – zumindest wenn es nach dem Landesvorstand geht. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, einen Entscheid für die gesamte Mitgliedschaft über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2019 sowie eine Mitgliederbefragung zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung durchzuführen.

Der jetzige Vorschlag sieht vor, dass es 13 Regionalkonferenzen – in jedem Kreis, in jeder kreisfreien Stadt – geben soll, bei der sich die Kandidat_innen vorstellen, debattieren und natürlich die Genoss_innen von sich überzeugen sollen. Zusätzlich zum Mitgliederentscheid wird es eine Mitgliederbefragung zu den Schwerpunkten für den Wahlkampf 2019 geben, auf dessen Basis der Programmvorschlag erarbeitet werden soll. Damit sollen unsere Ansprüche eine Mitgliederpartei zu sein und natürlich unser basisdemokratischer Anspruch gestärkt werden. Jede*r Genoss*in soll mitentscheiden dürfen, mit wem wir an der Spitze 2019 in den Wahlkampf ziehen.

Dieses Verfahren wird natürlich zunächst dem Landesparteitag am 25.8. in Hoyerswerda vorgeschlagen. Wenn dieser dem Vorschlag zustimmt, wird es ein spannender Herbst. Im Oktober und November sollen die Regionalkonferenzen stattfinden. Die Entscheidung über die Spitzenkandidatur soll dann im Dezember fallen.

#Veranstungstipp

1. Mai Picknick
Mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping, der Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann und der Kulturbürgermeisterin Annetrin Kiepsch
Alaunpark, ab 11 Uhr

Es kommt darauf an, die Welt zu verändern.
DIE LINKE.

www.dielinke-dresden.de

Spaß soll es allen machen

Die Vorbereitungen auf das Wahljahr 2019 gehen los: In den nächsten Wochen werden die Strategien geplant.

von Jacqueline Muth

Die Kommunalwahl 2019 wird es in sich haben: Wir müssen an den Wahlen das in Dresden Erreichte gegen den drohenden Rollback verteidigen und zugleich neue und glaubwürdige Ziele für die kommende Ratslegislatur fest in Dresden verankern. Zugleich wollen wir denen, die noch schwanken, gute Argumente aufzeigen, warum eine starke LINKE wichtig ist, um den nationalistischen und destruktiven Umtrieben sowie sozialen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft wirkungsvoll entgegenzutreten – und die, die bereits davon überzeugt sind, darin bestärken.

Erfahrungsgemäß wird die bevorstehende Kommunalwahl schneller herangerückt sein, als wir es uns momentan vorstellen mögen. Die Organisation und Ausgestaltung des Kommunalwahlkampfes steht für den Stadtverband im Zentrum. Aber auch die Europawahl und besonders die Landtagswahl müssen vom Stadtverband und seinen Mitgliedern aktiv umgesetzt und begleitet werden. Das Wahljahr 2019 wird von uns allen Ausdauer und einiges an Ressourcen abverlangen.

An das Verfahren 2014 angelehnt, soll ein umfangreiches Prozedere dazu

führen, dass das Kommunalwahlprogramm umfänglich den Willen des Stadtverbands und seiner Mitglieder abbildet. Zur Mitwirkung sind alle Mitglieder aufgerufen. Die Erstellung des Wahlprogramms wird uns in den kommenden Wochen beschäftigen.

Momentan fokussieren wir inhaltliche Überlegungen zu Strategien, Kampagnen und Aktionen – die Weichen werden jetzt dafür gestellt. Darüber hinaus müssen wir den Stadtverband organisatorisch auf die aktive Phase des Wahlkampfes vorbereiten, der mit der Vorwahlkampfzeit Anfang des Jahres, die heiße Phase 36 Tage vor dem jeweiligen Wahltermin beginnt.

Jedes einzelne der „neuen“ und „alten“ Mitglieder wird in den nächsten 14 Monaten dringend gebraucht, möglicherweise als Kandidat oder Kandidatin, auf jeden Fall aber als Wahlkämpferin und Wahlkämpfer.

Und nicht zuletzt: Wahlkampf soll Spaß machen! Das wird am ehesten dann gelingen, wenn wir selbst vom Inhalt der Kampagnen, vom Wahlprogramm und der Qualität der Wahlmaterialien überzeugt sind.



Endspurt im Wahlkampf 2017 auf der Prager Straße

Foto: Jacqueline Muth

Eine gute und rechtzeitige Vorbereitung ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Zum ersten Vorbereitungstreffen „Kommunalwahl 2019“ lade ich vor alle diejenigen Genossinnen und Genossen ein, die sich schon am Anfang in die Vorbereitungen des Wahlkampfes aktiv einbringen möchten. Natürlich sind aber alle Mitglieder eingeladen, an diesem Auftakt für das Wahljahr 2019 teilzunehmen und darüber nachzudenken, wie sie sich am Wahlkampf beteiligen können. Allen Dresdner Mitgliedern ist in der vergangenen Woche ein Brief vom Stadtvorstand zugegangen, in dem ne-

ben der Einladung zum Mitgliedertreffen wichtige Hinweise zur Wahlkampf-vorbereitung, eine genaue Beschreibung zur Erstellung des Wahlprogramms sowie ein Spendenaufruf enthalten waren. Bitte lest Euch diese Brief gründlich durch und überlegt, wie Ihr Euch einbringen könnt und wollt. Wer den Brief nicht erhalten hat, sollte sich bitte in der Stadtgeschäftsstelle melden, vielleicht müssen die Adressdaten aktualisiert oder korrigiert werden.

Neue Adresse für den Wahlkampf 2019: wahlen2019@dielinke-dresden.de

Einladung zu den Feierlichkeiten des 73. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald am 15. April 2018

Erinnerung an KZ-Häftlinge

von Rica Gottwald

KZ Buchenwald – ein Konzentrationslager von mehr als 1000 Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Deutschland, ein Konzentrationslager mit mehr als 100 Außenlagern, letzte Station für mehr als 70 000 Menschen jeden Alters, Folterstätte für über 250.000 Menschen, Kinder, Jugendliche, Männer und Greise aus über 20 Ländern, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden, Sinti, Roma, Katholiken, Zeugen Jehovas, Anarchisten, Arbeiter, Ärzte, Künstler, Lehrer, Kriegsdienstverweigerer, Kriegsgefangene, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle...

Am 11. April 1945 befreiten sich die 21.000 verbliebenen Buchenwalder Häftlinge unter Führung des illegalen internationalen Lagerkomitees selbst von ihren Peinigern. Diese kluge und mutige gemeinsame Tat hat vielen Häftlingen das Leben gerettet, denn ein Aufstand zur falschen Zeit hätte zwangsläufig in einer Katastrophe geendet. Es war wichtig, dass die Front schon nah war und dass von dem Wachpersonal nur noch wenige da waren. Der Großteil war geflohen. Aber die, die noch das Lager kontrollierten, waren schwer bewaffnet und gut genährt und warm angezogen. Das alles konnte man von den Häftlingen nicht sagen. Es war auch



eine Großtat nach der Übernahme des Lagers nicht blindwütig Rache zu nehmen an dem Wachpersonal und für Ruhe zu sorgen. Die Selbstbefreiung Buchenwald war eine einzigartige Geschichte.

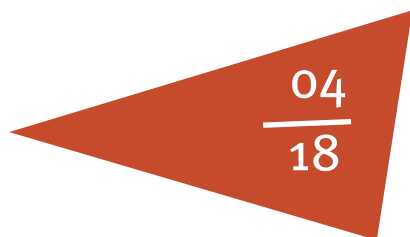
Jedes Jahr finden am Wochenende nach dem 11. April viele Treffen und Veranstaltungen statt, um die Geschichte nicht zu vergessen, aus ihr für die Gegenwart und Zukunft zu lernen und dafür zu sorgen, dass der Schwur der Buchenwalder verwirklicht wird.

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald Dora e.V. (LAG Buchenwald Dora) organisiert jedes Jahr eine Gedenkfeier im Kinosaal der Gedenkstätte. Dabei steht jeweils eine bestimmte Gruppe von Häftlingen im Mittelpunkt. Am Sonntag, dem 15.4.2018 wird an die jüdischen Häftlinge erinnert werden. Am Samstag davor werden mit Unterstützung der Lebenshilfe in Weimar Bäume für bestimmte Häftlinge und ein Hauptbaum für die im Mittelpunkt stehende Häftlingsgruppe gepflanzt.

Die Dresdner Delegation übernimmt seit 4 Jahren die Finanzierung (450 Euro) dieses Baumes. Wir würden uns auch dieses Jahr über interessierte MitfahrerInnen und Spenden freuen.

Kontoverbindung:
Konto-Inhaber: DIE LINKE Dresden
IBAN DE9485053003120171416
BIC: OSDDDE81XXX

Bank: Ostsächsische Sparkasse Dresden
Verwendungszweck: Buchenwaldbaum



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



April 2018

LINKE startet Plakataktion und Sozialtour „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“

von Maximilian Kretzschmar

Vor wenigen Tagen behauptete der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn (CDU), der auch Mitglied des CDU-Parteipräsidiums ist, dass Hartz IV nicht Armut bedeute. Der LINKE-Fraktionsvorsitzende André Schollbach findet dazu deutliche Worte: „Diese Äußerungen sind realitätsfern, abgehoben und von sozialer Kälte geprägt. Er hat ganz offensichtlich keine Ahnung, wie es jenen Menschen geht, die auf Hartz IV angewiesen sind.“ Deutschland sei sozial gespalten. Es gebe eine erhebliche Ungerechtigkeit zu beklagen. „Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Demgegenüber verfügt die untere Hälfte der Bevölkerung lediglich über einen Anteil von einem Prozent am Nettovermögen“, so Schollbach weiter.

Doch es soll nicht nur bei Worten bleiben. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE eine Plakataktion gestartet. Im gesamten Stadtgebiet wurden in den vergangenen Tagen 500 Plakate mit der Aufschrift „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“ aufgehängt. DIE LINKE will mit diesen Plakaten auf soziale Probleme und Armut in un-

serer Gesellschaft aufmerksam machen sowie für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Gleichzeitig soll mit dieser Plakataktion auf eine „Sozialtour“ aufmerksam gemacht werden: Am 10. April 2018 gehen die LINKE-Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner (beide Mitglied im Sozialausschuss) gemeinsam mit André Schollbach auf Sozialtour. Sie wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern über soziale Themen ins Gespräch kommen und bieten dazu an diesem Tag insgesamt fünf Bürgergesprächstunden in der Stadt Dresden an.

Über 65.000 Dresdnerinnen und Dresdner arm oder armutsgefährdet

In Dresden leben derzeit 65.700 Menschen (12 Prozent) in Haushalten, die als arm bzw. armutsgefährdet gelten. Damit ist jeder achte Dresdner arm oder armutsgefährdet. Stadträtin Kerstin Wagner sagt dazu: „Um Menschen mit geringem Einkommen finanziell zu entlasten, haben wir immer wieder Anträge gestellt und konkrete Verbesserungen durchgesetzt. So wurde zum Beispiel das Sozialticket für Bus

und Bahn eingeführt. Aus dem 2-Millionen-Euro-Sozialpaket, das wir im städtischen Haushalt verankert haben, konnten verschiedene soziale Projekte gesichert oder ermöglicht werden.“ In der Stadt sind aktuell über 26.000 Personen Inhaber oder Inhaberin des Dresden-Passes. Der Dresden-Pass ist eine freiwillige und zusätzliche Leistung der Stadt für Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem Einkommen. Der

Dresden-Pass berechtigt unter anderem zum kostengünstigeren Besuch von Kultureinrichtungen, Sportstätten und Bädern, zur Nutzung der Städtischen Bibliotheken Dresden ohne Jahresgebühr sowie zum Erwerb des „Sozialtickets“ der Dresdner Verkehrsbetriebe. Anträge für den Dresden-Pass sind in den Bürgerbüros der Landeshauptstadt Dresden erhältlich sowie im Internet www.dresden.de/dresden-pass unter abrufbar.

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner sowie Stadtrat André Schollbach

Für eine soziale Stadt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

10. April

08:30 Uhr Neustadt, Albertplatz
10:00 Uhr Mickten, vor Straßenbahnhof
11:30 Uhr Gorbitz, Amalie-Dietrich-Platz
13:00 Uhr Johannstadt, vor »Modrow-Kaufhalle«
14:30 Uhr Prohlis, vor Prohliszentrum



Foto: Henning Hraban Ramm / pixelio.de

André Schollbach empfängt chinesische Delegation

von Andreas Naumann

Seit dem Vertrag zur Städtepartnerschaft mit der chinesischen Millionenstadt Hangzhou füllt sie der Autor des Artikels, Stadtrat Naumann, durch zahlreiche Initiativen und Projekte mit Leben; sowohl in Hangzhou wie in Dresden.

Ende Februar war wieder eine Delegation von 17 jungen Studenten der Jiliang Universität Hangzhou in Dresden zu Gast. Sie sind in der Endphase ihres Studiums und werden einmal in technische Berufe gehen bzw. viele von ihnen wollen selbst sogenannte Startup Unternehmen aufbauen. Die Jiliang Universität, an der sie ihr Studium derzeit absolvieren, gehört mit 50.000 Studenten zu den großen der acht Universitäten von Hangzhou.

In Dresden erkundigten sie sich nach dem Stand moderner Infrastrukturen und nach Möglichkeiten, im Energiebereich eigenständig zu arbeiten. Darum nahmen sie an einem Existenzgründersseminar teil, besuchten die Stadtentwässerung Dresden, das Kraftwerk an der



LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach (Bildmitte) mit den chinesischen Studentinnen und Studenten aus Dresdens Partnerstadt Hangzhou
Foto: Andreas Naumann

Nossener Brücke sowie die VW-Fabrik am Straßburger Platz. Über die Wirtschaft und ihre Entwicklungsvorhaben wurde sie bei einem Gespräch mit dem Amtsleiter für Wirtschaftsförderung der Stadt, Dr. Franke informiert.

Ein besonderer Teil des Aufenthaltes der Delegation war der Empfang im Landtag bei dem Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion André Schollbach. Nach einer Führung durch den Landtag

wurden sie von André Schollbach zu einem Mittagessen eingeladen. Danach stellte er die Struktur und Arbeitsweise des Landtags, seine Arbeit als Abgeordneter und die Politik der LINKEN vor. Das Interesse der chinesischen Studenten war sehr groß. Sie hinterfragten die politischen Möglichkeiten im Landtag, wollten wissen das politische System funktioniert und diskutierten mit ihm über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Letztlich wurde der Termin bei André Schollbach um eine Stunde überzogen, ohne dass es jemand bemerkt hat.

Die Studenten sind inzwischen wieder an ihrer Universität in Hangzhou. Ihre Eindrücke und Erfahrungen von Dresden werden sie ihren Kommilitonen weitererzählen, das weiß ich von mehreren Besuchen in Hangzhou.

#staddrat

Weitere Themen der Stadtratssitzung am 22. März 2018

Stadtgrün

Einstimmig beschlossen wurde vom Stadtrat der TOP „Beteiligung der Landeshauptstadt Dresden am Bundesförderprogramm Zukunft Stadtgrün“. In der Vorlage wird ein rund 170 Hektar großes Gebiet beschrieben, in dem über einen Grünzug mit integriertem Rad- bzw. Fußweg eine Verknüpfung zwischen den großen Wohngebieten des südöstlichen Teiles

der Stadt Dresden mit den öffentlichen Freiflächen und Wegen entlang des Elbufers geschaffen werden soll. Für die Bürgerinnen und Bürger in Prohlis, Laubegast, Tolkewitz und Leuben würde somit eine große öffentlich nutzbare Naherholungsfläche entstehen - und das gut erreichbar. Nun stehen mehr als 12 Mio. Euro Bundesfördermittel in Aussicht.

Schulsanierung

Gemeinsam behandelt wurden die Tagesordnungspunkte 11 bis 13 in der März-Ratssitzung, in denen es um verschiedene Sanierungsplanungen für Neustädter Schulen ging. Fraktionsübergreifend einstimmig beschlossen wurden so die Sanierungen des Gymnasiums Dreikönigsschule, und der 15. und 19. Grundschule.

Neues Rathaus kommt

Bereits im Jahr 2025 soll das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz fertig gestellt sein. Im Jahr 2018 soll hierzu das Verfahren für den Bebauungsplan beginnen und im Winter 2018 abgeschlossen werden. Geplant ist der Bau des Verwaltungszentrums auf dem heute genutzten Parkplatz neben dem Karstadt.

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner sowie Stadtrat André Schollbach

Für ein soziales Land.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

10. April

08:30 Uhr Neustadt, Albertplatz
10:00 Uhr Mickten, vor Straßenbahnhof
11:30 Uhr Gorbitz, Amalie-Dietrich-Platz
13:00 Uhr Johannstadt, vor »Modrow-Kaufhalle«
14:30 Uhr Prohlis, vor Prohliszentrum

V.i.S.d.P.: ANDRÉ SCHOLLBACH

Elbufer für Alle statt „Marina Garden“

B-Plan beschlossen!



Statt Luxusbebauung bis zum Elbufer kann hier nun eine für alle Dresdnerinnen und Dresdner nutzbare und umweltverträgliche Fläche entstehen. Diese Planung ist wesentlich sinnvoller als das ehemalige Bauvorhaben, welches die Dresden Bau mit Gewalt und wider besseres Wissen anstrebte.

Stadträtin Jacqueline Muth

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Die nächste Ausgabe erscheint am:
25. April 2018

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Andreas Naumann, Cornelia Eichner, Kerstin Wagner, Maximilian Kretzschmar
Fotos: pixabay, Cornelia Eichner

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Zum Streitgespräch von Durs Grünbein und Uwe Tellkamp

Kein Entweder-Oder: Plädoyer für Differenzierung im Dialog

von Cornelia Eichner

Anfang März trafen die beiden wohl bekanntesten, lebenden Autoren Dresdens - Durs Grünbein und Uwe Tellkamp - zum Streitgespräch aufeinander, eingeladen durch das Kulturhauptstadtbüro. Es ging um nichts weniger als um die Verteidigung des hohen Gutes der Meinungsfreiheit als Bestandteil unserer Verfassung. Kulturbürgermeisterin Anne Klepsch eröffnete konsequenterweise auch die Veranstaltung mit dem Vorlesen des Grundgesetzartikels, in dem eben auch die Schranken der Meinungsfreiheit an den geltenden Gesetzen, dem Recht der persönlichen Ehre und an der Verfassung benannt sind.

Beide Autoren haben, wie die Moderatorin des Abends, Karin Großmann, betonte, so einige Gemeinsamkeiten: Beide in den 1960er Jahren in Dresden geboren, hier aufgewachsen. Beide sind sowohl in der Lyrik, als auch in der Prosa zu Hause, beide haben interessante Bücher über ihre Zeit im Dresden vor der Wende geschrieben und sind literarisch überaus erfolgreich. Beide sind mehrfach mit bedeutenden Preisen ausgezeichnet worden, Grünbein z.B. mit dem Büchner-Preis und dem Großen Verdienstkreuz mit Stern, Tellkamp u.a. mit dem Büchner-Preis und dem Deutschen Buchpreis. Während Grünbein seine Rede mit humanistischen Grundlagen und Wertschätzung für das hohe Gut der freien Rede freier Bürger und für den gemeinsamen Diskurs beginnt, startet Tellkamp sogleich mit einer Aufzählung zumeist rechtspopulistischer und verknappter Parolen, darunter auch mehrere Falschaussagen (fast alle Geflüchteten seien nicht schutzbedürftig, unter allen in letzter Zeit abgefuckelten Fahrzeugen seien nie welche von Linken gewesen), fokussiert sich massiv auf Flüchtlingsthematik und kipfelt in der Behauptung, in unserem Lande herrsche Gesinnungsdiktatur.

Dieser Begriff der "Gesinnungsdiktatur" wiederum ist dem Pamphlet entnommen, zu dessen Erstunterzeichnern Tellkamp gehört. Ein Papier, welches vorgibt, Nachfolger der berühmten Charta 1977 zu sein, entstanden im Prager Frühling als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei. Doch dieser Nachfolger ist keiner. Eher reiht er sich ein in aktuelles, neurechtes Hate-Speech - in rechtspopulistische, phrasengeprägte Effekthascherei.

Kurz darauf ruft eine Gruppe Dresdner Schriftsteller*innen und Literaturwissenschaftler*innen dazu auf, diese Art der Aggression in der öffentlichen Rede nicht mehr hinzunehmen, rechtspopulistische Propaganda nicht mehr widerspruchslos zu dulden. Einig war man sich, dass es dabei zu keinem Kampfgespräch kommen dürfte, das Geschrei auf den Straßen ist schon zu groß und zu viel. Grünbein, Lyriker



Durs Grünbein bei seinem Input-Referat

Fotos: Cornelia Eichner

und humanistischer Feingeist mit Bedürfnis nach differenzierter Betrachtungsweise, unterstützt diesen Aufruf.

Diese beiden Papiere waren dem Kulturhauptstadtbüro Anlass, den jeweils bekanntesten Unterzeichner zum Streitgespräch einzuladen. Gedacht als überschaubares Foyergespräch, zeigte sich

schnell, dass die Nachfrage erheblich größer war, sodass der Saal des Kulturpalastes für diese Veranstaltung geöffnet wurde, in dem schließlich rund 800 Interessierte Platz fanden.

Durs Grünbein reagierte entspannt und souverän auf Tellkamps Auflistung rechtspopulistischer Parolen, zerlegte

unhaltbare Behauptungen, versuchte immer wieder zur eigentlichen Thematik des Abends - die Situation der Meinungsfreiheit - zurückzukehren. Es ist doch kein Entweder-Oder-Ding, sagte er, wir brauchen nicht unsere Bevölkerung zu vernachlässigen, um Menschen in Not Schutz zu gewähren, der aktuelle Bundeshaushalt gäbe ein gutes Leben für alle her, wenn die Politik stimmen würde.

Karin Großmann, Redakteurin der Sächsischen Zeitung, hätte stärker moderieren können. Aber ja, sie ist eher eine Frau der leiseren Töne, eines feinen Humors. Ihre entsetzte Mimik sprach phasenweise Bände. Das Publikum wirkte gespalten, polarisiert, wie der Applaus für Grünbein und Tellkamp zeigte. Tellkamps Äußerungen entsetzten nicht nur Teile des anwesenden Publikums, sondern auch weite Kreise der Medienöffentlichkeit. Der Suhrkamp-Verlag - Hausverlag beider Autoren - distanzierte sich von Tellkamps Aussagen.

Ob unsere Gesellschaft derartige Streitgespräche benötigt, birgt selbst Streitpotential. Eine Kommentatorin kritisierte, dass das Schweigen von Politiker*innen zum Desaster im Kulturpalast beigetragen hätte. Doch: Es war keine Politiker*innenveranstaltung, sondern eine Kulturveranstaltung zu einem Grundthema unserer Verfassung - der Meinungsfreiheit. Hier war und ist Zivilcourage gefragt - von uns allen.

Auf Einladung der Landeshauptstadt Dresden fand die sehr gut besuchte Podiumsdiskussion „Meinungsfreiheit in der Demokratie“ mit Durs Grünbein (im Foto rechts) und Uwe Tellkamp (Bildmitte) am 8. März 2018 vor 800 Gästen im Saal des Kulturpalastes Dresden statt. Die versierte langjährige Journalistin und Literaturexpertin der „Sächsischen Zeitung“, Karin Großmann (im Foto vierte von links), moderierte die Veranstaltung. Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch (Erste von links) eröffnete die Diskussion.



KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Lärm ist wirklich schlimm, finden Sie nicht auch? Nein, natürlich nicht der Straßenlärm oder Lärm lauter Nachbarn, daran hat man sich gewöhnt. Aber das Einwerfen von Flaschen und Gläsern in die dafür vorgesehenen Behälter ist doch wirklich unerträglich. Im Stadtrat wurde neulich fast eine Stunde lang darüber debattiert, ob das in der Polizeiverordnung außer sonntags und nachts künftighin auch an Wochentagen um die Mittagszeit erlaubt ist oder nicht.

Dabei wurden nicht nur mit viel Pathos der Geist der Gesetze beschworen, sondern auch einige Scherben hinterlassen. Ein prominenter grüner und ein prominenter sozialdemokratischer Stadtrat nahmen diesen weltbewegenden Tagesordnungspunkt zum Anlass, sich nach allen Regeln der Kunst gegenseitig und sehr persönlich zu beleidigen. Keine gute Stunde für die rotgrün-rote Stadtratskooperation. Wer soll denn diese Scherben aufkehren oder gar kitten?

A propos Polizeiverordnung: Erinnern Sie sich noch? Vor ein paar Wochen wurde per Polizeiverordnung das Betteln durch Kinder verboten. Nein, es ginge nicht gegen Roma, hieß es damals, es sei nur zum Besten der Kinder, die Stadt wolle das sozialpädagogisch begleiten und natürlich keinesfalls die Roma-Eltern kriminalisieren. Noch bevor die versprochene sozialpädagogische Begleitung auch nur in Sicht war, meldeten die Gendarmen des Ordnungsamtes Vollzug. Man habe die Eltern bettelnder Kinder mit einer Ordnungsstrafe belegt, die deren monatliche Einkünfte deutlich übersteigt. Und da sie diese nicht zahlen konnten, habe man sie der Stadt verwiesen. Sozialpädagogische Begleitung nicht mehr nötig.

Zigeuner der Stadt verweisen, so hat man das in Deutschland schon vor hundert und vor achtzig Jahren gemacht. Durchaus ein Grund, um etwas Lärm zu machen.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Für eine Welt ohne Waffen und Kinderarbeit

Vorreiter im Divestment auf kommunaler Ebene ist die Stadt Münster. Ihr folgten Städte wie Berlin, Bremen, Göttingen und Stuttgart. Warum Nachhaltigkeit auch im Einsatz investiver Anlagen für Kommunen wichtig und möglich ist, beschreibt Kerstin Wagner.

von Kerstin Wagner

Ich will in einer Welt ohne Kriege leben. Ich will, dass Kinder in die Schule gehen, statt Felsbrocken zu faustgroßen Steinen zu zerschlagen oder Sachen nähren.

Ich will, dass Konzerne genauso besteuert werden wie Handwerksfirmen.

Und ich will, dass gefährliche Verfahren zur Rohstoff- oder Energiegewinnung einer Kosten- Nutzen- Schätzung unterzogen werden, BEVOR man sie nutzt und mit ihnen Geld verdient.

Was das alles miteinander zu tun hat?

Indirekt finanzieren Banken Rüstungsindustrie, Fracking und Kinderarbeit mit, indem sie Beteiligungen an Konzernen halten, die dieses betreiben oder tolerieren. Indem wir als Stadt die liquiden Mittel bei solchen Banken anlegen, tragen wir Verantwortung für solche Geldanlagen. Eine Lösung wären städtische Anlagerichtlinien, die Kriterien für städtische Geldanlagen formulieren. DIE LINKE möchte den Oberbürgermeister beauftragen, solche Richtlinien zu erstellen und sucht Mehrheiten für dieses Vorhaben.

Kritiker konstatieren, dass man durch Anlagerichtlinien nicht verhindern könnte dass es Kinderarbeit und Wafensexporte gibt. Wir finden, dass man es trotzdem wenigstens versuchen und seinen Teil beitragen muss. In der Begründung zum Antrag heißt es: „Ökologische Nachhaltigkeit und soziale und ethische Verantwortung bei Finanzanlagen sind unter der Bezeichnung „Divestment“ inzwischen sehr verbreitet und dienen Kommunen (z. B. Stuttgart, Münster) als Kriterium bei Anlageentscheidungen. Die bisherigen Anlagekriterien der Stadt Dresden beziehen sich lediglich auf Konditionen, Verfügbarkeit und Sicherheit der Geldanlagen, wie die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung es fordert. Die langjährigen guten Erfahrungen mit den ortsansässigen Banken und Sparkassen sind weiterhin ein Auswahlkriterium für die Zusammenarbeit. Aber die Ver-



Beim Fracking bestehen vor allem große Gefahren für das Grundwasser durch die chemischen Zusätze. Durch den enormen Wasserverbrauch zur Gewinnung von Erdgas ist das Verfahren sehr umstritten.

Münster ist Vorreiter für Deutschland, doch international nicht an erster Stelle. Zuvor haben beispielsweise San Francisco (USA), Oxford (GB) und Oslo (Norwegens Hauptstadt) beschlossen, ihre Gelder aus der Produktion und Verwendung fossiler Energiequellen zurückzuziehen. Weltweit haben inzwischen viele

Universitäten, Kirchen etc. sich der Kampagne angeschlossen. Von besonderer Bedeutung kann sein, dass der norwegische Nationalfonds – mit einem Volumen von 850 Milliarden Dollar der größte Staatsfonds weltweit – im Februar 2015 angekündigt hat, sich von Beteiligungen an 32 Kohle-Konzernen zu verabschieden.

antwortung der Kommune für den globalen Handel, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz besteht nicht nur auf dem Papier, ihr kann tatsächlich Rechnung getragen werden. Wenn die liquiden Mittel der Stadt, immerhin rund 500 Millionen Euro, nach ökologischen, sozialen und ethischen Richtlinien angelegt werden, trägt die Kommune zur Finanzierung nachhaltiger, ökologischer, sozialer und friedensstiftender Projekte

bei. Jeder Euro, der nicht in Waffenproduktion, Fracking oder Kinderarbeit „angelegt“ wird, unterstützt im Gegenteil Unternehmen, die ethisch, sozial und ökologisch nachhaltig handeln.“

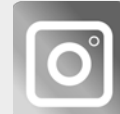
Übrigens entstand der Antrag auf Anregung eines Besuchers einer „Sprechstunde unter freiem Himmel“ hin, ich selbst hatte von Divestment bis dahin noch nichts gehört. Danke dafür!

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick


www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat

twitter.com/LinkeStaDDrat

www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw

www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Nachdenken über Kurt Schlosser

Zweiter Teil über den naturverbundenen Tischler, Chorsänger und Kommunisten Kurt Schlosser und seinen Platz im antifaschistischen Widerstand

von Waldemar Peine

In „Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945“, erschienen im Dietz Verlag 1970 ist nachzulesen:

„Nachdem in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges viele Dresdner Funktionäre der KPD von der Gestapo verhaftet worden waren, übernahmen Kurt Schlosser und einige seiner Freunde die Weiterführung der illegalen Arbeit. Sie leiteten Gruppen antifaschistischer Arbeiter im „Sachsenwerk Niedersedlitz, im Kamerawerk, im Dampfkesselbau und in anderen Betrieben an...übermittelten ihnen Weisungen und Direktiven des Zentralkomitees der KPD,...“.

Diese Darstellung der „Weiterführung der Arbeit“ ist zu einfach, um wahr zu sein. Von „Weisungen und Direktiven...“, die Genossen und Genossinnen im Widerstand erreichten und orientierten, kann nach dem heutigen Stand der Forschung keine Rede sein. In einer Veröffentlichung des Instituts und Museums der Stadt Dresden aus dem Jahre 1968 wird sogar von einer Verbindung der „Gruppe um Kurt Schlosser“ zum Nationalkomitee Freies Deutschland ausgegangen.

Die marxistisch zeitgeschichtliche Forschung beschreibt die Widerstandsgruppen als weitgehend isoliert. Es waren Gruppen, welche in ihrer Zusammensetzung nicht dem Parteaufbau der KPD entsprachen. Freundschaftliche Verbindungen zwischen den Hitlergegnern bildeten die Schnittstellen ihrer Gemeinsamkeit. Es gab keine Bezirksleitungen der KPD und die Emigrierten in Moskau hatten keine oder nur geringe Möglichkeiten, in Deutschland hinein zu wirken. Ein Versuch der Exilleitung im Jahr 1939 strebte dies erfolglos an. In den Kriegsjahren und unter den Bedingungen faschistischer Herrschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen genügten wohl schon Bruchstücken von Vorhaben und Handlungen Gleichgesinnter, welche die isolierten Widerstandsgruppen und kommunistischen Freundeskreise erreichten, um bei diesen Hoffnung zu wecken. Hoffnungen und Mach-



bares gingen jedoch weit auseinander.

Mit der militärischen Wende im Osten, bei Stalingrad und Kursk 1943 gewann die Widerstandsbewegung in Deutschland neuen Auftrieb, da für die Deutschen im Inland und an der Front die drohende Niederlage erlebbar wurde. Man erfuhr von der Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“. Die Zentren des Widerstandes belebten sich in Berlin, Westsachsen, in Thüringen und im Rheinland. Anregung durch Informationen dieser Zentren erreichten auch in Dresden Genossen wie Herbert Blochwitz und Kurt Schlosser, erreichten ihren Freundeskreis, erweckten neuen Mut, neue Tatkraft. Die Werkstatt von Kurt Schlosser wurde zum Beratungsort.

Wir wissen heute, dass die faschistische Herrschaft von außen zerschlagen wurde, dass die Kriegsoffer an der Front und im Hinterland im Jahre 1944 und bis in den Mai 1945 zahlenmäßig alle vorangegangenen Verluste weit überstiegen, wir wissen der antifaschistische Widerstand hat diesen Leidensweg nicht aufgehalten.

Kurt Schlosser, Herbert Blochwitz und Arthur Weinick wussten es nicht. Sie mussten nach Lage der Ereignisse davon ausgehen, dass Nazideutschland zusammenbräche, bevor fremde Armeen die Grenzen überschreiten. Sie

wollten daran mitwirken, sie wollten vorbereitet sein, ein neues Deutschland aufzubauen. Sie suchten Verbündete in den Dresdner Betrieben.

Die Richter des 2. Senats des Volksgerichtshofes werden später im Prozess am 30. Juni 1944 feststellen, dass sich die konspirativen Pläne erst in einem Anfangsstadium befanden, so ermittelt von der Dresdner Historikerin Dr. Birgit Sack.

Das Todesurteil für Herbert Blochwitz, Kurt Schlosser, Arthur Weineck, Otto Galle wird mit deren Versuch begründet: „für den von ihnen erwarteten kommunistischen Umsturz Vertrauensleute in den Betrieben von Dresden und Umgebung zu gewinnen“. Am 16. August 1944 wird es vollstreckt.

Der faschistischen Justiz am Ende hilflos ausgeliefert, mischte sich bei Kurt Schlosser Widerstandswille mit Verzweiflung. Dieses entspricht jedoch der Größe seines Verlustes.

Kurt Schlosser starb, ohne seine kommunistische Überzeugung zu leugnen. Notwendige Klarstellungen über seinen Platz im Widerstand können sein Bild nicht trüben. Sie sind aber Teil der Überwindung eines gesteuerten DDR-Geschichtsbildes, nachdem der antifaschistische Widerstand folgerichtig in den Aufbau des Sozialismus unter Führung der SED mündete.

Andererseits wissen wir: Die dem Zeitgeist entsprechende Geschichtsbetrachtung der Gegenwart strebt vorrangig das Ziel an, den kommunistischen Widerstand klein zu reden, oder ihn lediglich als Konkurrenzverhalten eines anderen totalitären Systems abzutun. Dem müssen wir mit gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen entgegenzutreten und dazu beitragen, „den ungeheuren Zivilisationsbruch der Nazis“ weiter aufzuarbeiten, so Hans Coppi, Sohn hingerichteter kommunistisch orientierter Widerstandskämpfer.

Verwendete Literatur:

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. 1-3, Karl Dietz Verlag Berlin, 1999-2007, Herausgeber Klaus Kinner

Deutsche Widerstandskämpfer, 1933-1945, Bd. 2, Dietz Verlag Berlin, 1970

Erkämpft das Menschenrecht, Lebensbilder und letzte Briefe... Dietz Verlag Berlin, 1958

100 Jahre Bergsteigen im Elbsandsteingebirge, Festschrift, Präsidium des DWBV, 1964

Bewahrung der Freundschaft, Institut und Museum der Stadt Dresden, Dresden 1968

Birgit Sack, Kurt Schlosser (1900-1944), in: Dresdner Hefte 130, Dresden 2017

Peter Salzmann, Bergfreundschaft, Verlag für Verkehrswesen Berlin, 1987

Joachim Schindler, Chronik, Zur Geschichte und Wandern in der Sächsischen Schweiz, Bd. 3, SBB Eigenverlag, 2017

Max Zimmering, Widerstandsgruppe Vereinigte Kletterabteilung (VKA), VVN Verlag, Berlin 1948

Eine nie vergehende Sehnsucht, Hans Coppi über seine Eltern und deren Mitstreiter, in: ND 16./17. Dezember 2017



Die Berghütte in Ostrau trägt den Ehrennamen „Kurt Schlosser“

<p>Ein naturverbundener Tischler; Bergsteiger, Chorsänger,</p>			<p>Kommunist. Postkarte</p>
<p>*1900 Kurt Schlosser †1944</p>			
<p>Einladung der Kommunistischen Plattform im Stadtverband der Partei DIE LINKE Dresden</p>	<p>zum Gesprächsforum über seinen Platz im antifaschistischen Widerstand am Donnerstag, 11. April, 19.00 Uhr im Haus der Begegnung Großenhainer Straße 93 Unser Gast: Dr. Sonja Koch, Historikerin</p>		

Die Einladung zur Diskussionsveranstaltung am 11.04.2018 im Haus der Begegnung

Programmhinweis

Montag, 09. April 2018

18.00 Uhr

Diskussion und Gespräch

„Die kriegen Alles und wir Nichts!“

Mit Dr. Kristin Kaufmann (Sozialbürgermeisterin der Stadt Dresden), Frau Puszkar (Bereichsleiterin Jobcenter Dresden) und Mitarbeiter*innen der Caritas-Asylberatung Dresden

Wie ist die Situation Asylsuchender in Dresden von ihrer Ankunft bis zur Anerkennung des Asylstatus und der Integration ins Alltagsleben. Welche Herausforderungen sind dabei zu bewältigen. Nehmen Sie „uns“ etwas weg? Werden diese Menschen bevorzugt behandelt? Diese und andere interessierende Fragen wollen wir gemeinsam mit Frau Dr. Kristin Kaufmann (Sozialbürgermeisterin der Stadt Dresden), Frau Puszkar, (Bereichsleiterin Jobcenter Dresden) und Mitarbeiter*innen der Caritas-Asylberatung Dresden diskutieren.

Palitzschmuseum, Gamigstraße 24, 01239 Dresden
Veranstaltungsraum, 1. Etage, barrierefrei



Mehr Informationen auf sachsen.rosalux.de // info@rosalux-sachsen.de



Energiearmut verhindern und Klimaschutz sozial gerecht gestalten!

Jeder Mensch hat das Recht auf Energie und ein würdevolles Leben! Doch immer mehr Menschen in Sachsen sitzen im Dunkeln, weil die Stromrechnung nicht bezahlt werden kann.

DIE LINKE im Bund und Land setzt sich daher für Maßnahmen ein, die Stromabschaltungen verbietet, energiefressende Haushaltsgeräte schnell ausgetauscht und Energieberatungen kostenfrei angeboten werden. Gleichzeitig braucht es einen Umbau der Energiewirtschaft weg von der Kohlekraft und hin zu erneuerbaren Energien. Wie dies auch sozial verträglich gestaltet werden kann, zeigt Marco Böhme, stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag.

Mögliche Termine:
23.04. 18 Uhr oder am
30.04 18 Uhr
Kontakt:
marco.boehme@slt.sachsen.de

„Die Atomkriegsuhr ist vorgerückt auf zweieinhalb Minuten vor Zwölf“

Liebe Friedensfreunde und Atomkriegsgegner,

den gewachsenen existentiellen Bedrohungen der Menschheit durch die Gefahr eines Atomkriegs muss die Zivilgesellschaft Deutschlands und Europas wirksamer entgegen treten. Die Organisationen, die für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die Achtung ihrer Souveränität aktiv sind, handeln bisher zersplittert.

Unsere Veranstaltung am 11. April ist ein Versuch, die Friedensbewegungen im Dresdner Raum zusammenzuführen. Wir beabsichtigen, an die Öffentlichkeit und die deutsche Außenpolitik einen

Friedensappell zu richten, weil alleiniges Gedenken – und sei die Menschenkette noch so lang – passiv bleibt, wenn es nicht die Lehren der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft beherzigt.

Deshalb bitten wir euch und die von euch vertretenen Organisationen, mit Verantwortung getragenen Engagement die anberaumte Zusammenkunft zu einem für Dresden dringend erforderlichen, hörbaren Ruf nach Frieden und Abrüstung werden zu lassen.

Mit solidarischen Grüßen

Eberhard König
i. A. des Präsidiums der GMS

11. April 2018 | 19:00 Uhr
Vorträge und Diskussion

Die Atomkriegsuhr ist vorgerückt auf zweieinhalb Minuten vor Zwölf
Mit Prof. Wolfgang Scheler

Trendwende zu einer zivilen Friedenspolitik
Mit Michael Zimmermann, Beauftragter für Frieden und Versöhnung, Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen

Haus an der Kreuzkirche 6,
Mauersberger-Saal, 01067 Dresden



WE THE PEOPLE
DEFEND DIGNITY

Marxte nochmal? ist der Titel der LuXemburg-Ausgabe 2/3. Kostenlos kann ein Abo als e-paper im Internet bestellt werden www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement/

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Jens Matthis, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Franziska Fehst, Waldemar Peine, Frederic Beck, Dr. Cornelia Ernst, Cornelia Eichner
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Cottbus



GMS

GEMEINSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE IM FREISTAAT SACHSEN e.V.
Mitglied im FORUM MENSCHENRECHTE





Du kommst hier nicht rein!

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erklärt Fahrverbote für rechtens

von Dr. Cornelia Ernst und Frederic Beck

Man mochte es kaum glauben, als die ersten Stimmen aus dem Gerichtssaal drangen. Soeben hatte der 7. Senat des in Leipzig ansässigen Bundesverwaltungsgerichts die Revisionsklage der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bezüglich der Inhalte ihrer Luftreinheitspläne abgewiesen. Mit dieser Entscheidung ist nun der Weg für Fahrverbote in deutschen Kommunen auch ohne entsprechendes Bundesgesetz frei. Diesem Urteil ging ein langer Prozess voraus, der schließlich vor dem höchsten deutschen Gericht endete und das mit Erfolg.

Ohne die Deutsche Umwelthilfe wäre es jedoch nie zu diesem famosen Sieg für den Gesundheit- und Umweltschutz gekommen. Wieder einmal war sie es, die der Politik vorauslief und eine Entscheidung herbeiführte, zu der sich

wohl keiner der regierenden Bundespolitiker*innen hätte durchbringen können, schon alleine, weil dazu die Mehrheiten im Bundestag fehlen. Für DIE LINKE ist es ein Achtungserfolg, der aufzeigt, dass unsere Position einen Weg markiert, der richtig und wichtig für unsere Zukunft ist. Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass jährlich viele 1000 Menschen an den Folgen der Abgasbelastung zu Grunde gehen, die Luft verschmutzt, ja sogar verpestet und unsere aller Recht auf Leben beschränkt wird. Wichtig ist aber dennoch, dass mit dem Urteil nicht die falschen Akteur*innen zur Rechenschaft gezogen werden. Es gilt nun seitens der Politik sicherzustellen, dass betroffenen Verbraucher*innen eine Möglichkeit bekommen, für ihren Diesel, mit welchem sie nicht mehr in Städte wie Stuttgart oder München einfahren dürfen, von den Herstellern

einen adäquaten Ersatz zur Verfügung gestellt bekommen. So muss also die Möglichkeit bestehen, das alte gegen ein neues, sauberes Fahrzeug zu tauschen.

Richtig ist auch, dass es Ausnahmeregelungen für, z.B. kleiner Handwerksbetriebe, geben soll. So wird vermieden, dass Existenzen von heute auf morgen zerstört werden, weil die Neuanschaffung von Fahrzeugen für solche Unternehmen nicht zu stemmen ist. Auch hier muss die Politik tätig werden und den Betroffenen Hilfe zubilligen.

Da das Verfahren nach Meinung von der Verhandlung Beiwohnenden als sehr sachlich zu bewerten sei, heißt das auch, dass in diesem Fall allein rationale Argumente zu der Entscheidung geführt haben und diese zeigen nun einmal dass es ohne Fahrverbote nicht gehen kann.

Jetzt gilt es für eine baldige Umsetzung des Urteils zu streiten. Wir als LINKE werden dies immer unter dem Aspekt der Wahrung von Interessen der Umwelt und der sozialen Verträglichkeit tun. Der Weg darf an dieser Stelle nicht enden, sondern muss konsequent zu Ende gegangen werden. Vielleicht hat dieses Urteil auch Signalwirkung für die Oberen der Europäischen Union, respektive der Kommission und des Rates. Es sollte doch gelingen einen gemeinsamen europäischen Konsens zu erwirken, welcher es allen EU-Bürger*innen ermöglicht, in einer sauberen Umgebung zu atmen. Schließlich liegt auf der Hand, dass Abgase keine Ländergrenzen kennen und es daher nur mit einer gemeinsamen Lösung funktionieren kann. In diesem Sinne heißt das für uns: jetzt erst recht weiterkämpfen, damit es eine Zukunft gibt, die allen zuträglich ist!

She loves you - yeah, yeah, yeah

Beate Baums erster Musikkrimi von Ines und John - Dresden meets Liverpool

von Cornelia Eichner

Es ist gewagt, den Musikkrimi „Die Ballade von John und Ines“ von Beate Baum in der Straßenbahn zu lesen. Zumindest, wenn man unbehelligt bleiben möchte, denn viel zu hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Lesende fröhlich und wild mit dem Kopf nicken - einem Beatles-Song im inneren Ohr folgend - „she loves you - yeah, yeah, yeah“.

Kaum öffnet man das Buch, scheint ein Hauch legendärer Beatlesmusik-Flairs entgegen zu wehen, nimmt die Autorin Beate Baum doch Lesende mit in den „Cavern Club“, den berühmt-berüchtigten Kellerclub Liverpools, in dem einst die Band selbst spielte. „She loves you“ stimmt sich auch sogleich eine Beatles-Coverband auf ihr Kellerkonzert ein.

Dort begegnen wir jungen Dresdnerinnen, Ines Behrendt mit ihrer Freundin Janine, die sich ein Pint britischen Biers gönnen, um zu feiern. Denn dazu gibt es einen prächtigen Anlass: Die gelernte Krankenschwester Ines hat einen der begehrten Studienplätze an der Liverpools Pop-Uni LIPA Paul McCart-

neys ergattert. Bisher tingelte sie als Sängerin am Klavier mit Beatles-Songs durch Dresdner Clubs, inzwischen auch durch Musikbars in Liverpool - mit großem Erfolg. Auch verliebt sich Ines in ihrer neuen Wahlheimat - in einen jungen Mann, der ausgerechnet John heißt - wie ihr großes Idol. Ein Musikkrimi wäre aber kein Musikkrimi, wenn nicht zur Musik noch Kriminalität käme: Der Chef des Cavern-Clubs wird erschlagen aufgefunden, Ines' Liebster John als Hauptverdächtiger verhaftet.

Man merkt dem Krimi an, dass dessen Autorin Beate Baum eng mit der Stadt Liverpool verbunden ist, dass sie die Plätze, von denen sie erzählt, auch tatsächlich kennt. Ihr Detailwissen zum Umfeld der Beatles beeindruckt und ermöglicht noch einen besonderen Zugewinn für Kulturinteressierte. So gelingt es der studierten Literaturwissenschaftlerin und erfahrenen Musikjournalistin, einen anspruchsvollen Krimi zu gestalten, der Kulturwissen und Spannung zu guter Unterhaltung verknüpft.

